

Positionspapier | Juli 2025

# **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität – Heimische Grundstoffe für nachhaltiges Wachstum!**

Gemeinsame Positionierung des  
Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. und  
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Deutschland hat seit Jahrzehnten zu wenig in seine Infrastruktur investiert. Diese Investitionslücke gefährdet zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz unseres Landes. Ohne ein rasches und wirksames Umsteuern droht Deutschland abgehängt zu werden. Die Einrichtung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG) in Höhe von 500 Milliarden Euro begrüßen wir daher ausdrücklich. Zugleich bietet das Sondervermögen die Chance, konjunkturelle Impulse mit wirtschaftlichem Wachstum und regionaler industrieller Wertschöpfung zu verknüpfen, zugleich die strategische Resilienz zu stärken sowie den Umbau zur Klimaneutralität zu fördern.

Die zukünftige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der nachhaltige Wohlstand Deutschlands hängen maßgeblich davon ab, dass das Land wieder auf einen stabilen Wachstumspfad gelangt. Dabei kommt den Investitionen in die gesamte Volkswirtschaft eine zentrale Bedeutung zu. Die Ausgestaltung des Sondervermögens sowie die Rahmenbedingungen sind entscheidend, um die richtigen Impulse für eine robuste wirtschaftliche Entwicklung zu setzen.

Grundstoffindustrien wie Stahl und Baustoffe sind unverzichtbar für den Infrastrukturbau – etwa bei Schienenwegen, Brücken oder dem erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. In geopolitisch unsicheren Zeiten ist eine starke heimische Industrie strategisch entscheidend, um Abhängigkeiten zu vermeiden und resiliente Wertschöpfungsketten zu sichern. Infrastrukturprojekte müssen deshalb stets auch mit Blick auf die Industrie vor Ort gedacht werden.

**Aus Sicht des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden (bbs) und der Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) sind bei der Errichtung des Sondervermögens folgende Punkte entscheidend:**

**1. Zielgerichtete Nutzung der Mittel des Sondervermögens und Verwendung für zusätzliche Investitionen**

In Deutschland hat sich über die vergangenen Jahrzehnte ein Investitionsbedarf in der Größenordnung von rund 600 Mrd. Euro angesammelt (Quelle: IW Köln, IMK). Die nun bereitzustellenden Mittel müssen konsequent und zielgerichtet dafür verwendet werden, diese dringend notwendigen Investitionen zu realisieren. Die Ergänzungen durch zusätzliche Investitionen muss auf allen Ebenen gewährleistet werden: es darf keine Verwendung für konsumtive Zwecke erfolgen. Eine solche würde nicht nur dem Zweck des Sondervermögens widersprechen, sondern hätte auch weitaus geringere Wachstumswirkungen.

**2. Nachhaltige heimische Produktion von Baumaterialien und Stahl stärken**

Grundstoffe wie Stahl und Baumaterialien werden in ausreichenden Mengen in Deutschland zu nachhaltigen Bedingungen und unter Vermeidung langer Transportwege produziert. Sie bilden das Fundament für nachgelagerte Wertschöpfungsketten. Dies gilt sowohl für Grund-, Werk- und Baustoffe basierend auf Primärrohstoffen als auch für die Produktion mithilfe von Sekundärrohstoffen (Recycling, Nebenprodukte). Durch den Einsatz von in Deutschland produzierten Erzeugnissen wirken Investitionen doppelt – durch die gesteigerte

Leistungsfähigkeit der Infrastruktur und die Stärkung der industriellen Basis. Um sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen ihre Beiträge zur Infrastrukturerneuerung leisten können, sind entsprechende Ausschreibungsmodalitäten zu schaffen. Hierfür ist im ersten Schritt ein reformiertes Vergaberecht erforderlich, das die Berücksichtigung von Nicht-Preis-Kriterien bei der Auftragsvergabe vorsieht. Um die Wirtschaft auf ihrem Weg in die Klimaneutralität und eine CO<sub>2</sub>-arme Produktion zu unterstützen, ist eine rasche Entwicklung entsprechender Leitmärkte essenziell. Besonders bei emissionsarmen Grundstoffen ist eine verlässliche Nachfrage nach in Deutschland produzierten Gütern notwendig, um den Übergang zu beschleunigen – bis klimafreundliche Materialien zum Standard werden.

Die hiesige Grundstoffproduktion kann die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit erheblich erhöhen, da sie die Abhängigkeit von externen Lieferketten verringert. Resiliente Märkte fördern zudem Innovationen, wodurch die Entwicklung neuer, nachhaltiger Technologien und Produkte vorangetrieben wird. Gleichermaßen müssen die Potenziale der Circular Economy in Ausschreibungen stärker Berücksichtigung finden. Durch eine vorausschauende Rohstoffsicherung und schnelle Genehmigungsverfahren muss zudem die langfristige Versorgung mit heimischen Rohstoffen gewährleistet werden.

### **3. Übergang zur Klimaneutralität durch Investitionen forcieren**

Die Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird in den kommenden Jahren viel Geld kosten, aber gleichzeitig langfristig für Wachstum sorgen.

Daher ist es wichtig, dass Unternehmen nun die richtigen Investitionsentscheidungen hin zur klimaneutralen Produktion treffen können. Hierfür sind entsprechende Rahmenbedingungen zur Förderung der dekarbonisierten, heimischen Produktion durch niedrigere Strompreise und entsprechende Programme erforderlich. Weitere Beiträge zum Übergang in die Klimaneutralität leisten Investitionen in die energetische Gebäudesanierung und den nachhaltigen, energieeffizienten Wohnungsneubau. Diese Aspekte müssen bei der Ausgestaltung des Sondervermögens sowie der Rahmenbedingungen für die heimische industrielle Produktion angemessen berücksichtigt werden.

Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität bietet die Chance, Deutschland innerhalb weniger Jahre klimafreundlich zu modernisieren und zukunftssicher zu gestalten. Damit lassen sich zugleich die Ziele von Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und regionaler industrieller Wertschöpfung miteinander verbinden. Zudem kann das Sondervermögen die strategische Resilienz stärken und den Umbau hin zur Klimaneutralität unterstützen – vorausgesetzt, die richtigen Weichen werden jetzt gestellt.

Die Rahmenbedingungen für die durch das Sondervermögen angeschobene Infrastrukturerneuerung müssen so ausgestaltet werden, dass sie die größtmögliche Wirkung für Investitionen, Erneuerung und den Strukturwandel entfalten. Die Stahlindustrie in Deutschland sowie die Baustoff-, Steine- und Erden-Industrie stehen bereit, ihren Beitrag zur Erneuerung und Dekarbonisierung zu leisten.

### **Ihre Ansprechpartner:innen**

Christian Engelke | Geschäftsführer Wirtschaft  
+49 030 726199929 | [c.engelke@bvbaustoffe.de](mailto:c.engelke@bvbaustoffe.de)

Gerhard Endemann | Leiter Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik  
+ 49 1713749891 | [gerhard.endemann@wvstahl.de](mailto:gerhard.endemann@wvstahl.de)

Charlotte Zinke | Rechtsreferentin  
+49 151 15940801 | [charlotte.zinke@wvstahl.de](mailto:charlotte.zinke@wvstahl.de)

### **Wirtschaftsvereinigung Stahl**

Französische Straße 8  
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

[info@wvstahl.de](mailto:info@wvstahl.de)  
[www.wvstahl.de](http://www.wvstahl.de)

Lobbyregister: R002425

### **Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.**

Kochstraße 6-7  
10969 Berlin

+49 30 7261999-0

[info@bvbaustoffe.de](mailto:info@bvbaustoffe.de)  
[www.baustoffindustrie.de](http://www.baustoffindustrie.de)

Lobbyregister: R000810